

Alumni-Netzwerk der Hanns-Seidel-Stiftung

Sonntag, 17.03.2019 um 09:00 Uhr

Kloster Banz

96231 Bad Staffelstein

Die Perspektiven der bayerischen Wirtschaft unter dem Schwerpunkt des Brexit

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung!

Ich freue mich, bei Ihnen zu sein.

Die Verbundenheit der bayerischen Wirtschaft zur Hanns-Seidel-Stiftung ist traditionell groß.

Ihre Einladung habe ich gerne angenommen.

Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, ein paar Worte zu meiner Organisation – für diejenigen unter Ihnen, die die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft noch nicht so gut kennen.

Mit 132 Mitgliedsverbänden sowie 42 großen Einzelunternehmen, die gemeinsam für 4,8 Millionen Erwerbstätige im Freistaat stehen, ist die vbw die Stimme der bayerischen Wirtschaft.

Wir vertreten die wirtschaftlichen, sozialen sowie gesellschaftspolitischen Interessen unserer Mitglieder.

Oberstes Ziel der vbw ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Freistaat zu erhalten und auszubauen.

Mein Thema heute sind die Perspektiven der Bayerischen Wirtschaft – unter besonderer Berücksichtigung des Brexit.

Eine Botschaft vorneweg: Bayern ist stark und bleibt es auch in den kommenden Jahren.

Allerdings sind die Herausforderungen groß:

- International
- und national.

Gegenwärtig stellen wir in Deutschland und Bayern eine konjunkturelle Abkühlung fest.

- Für 2019 rechnen wir mit einem bayerischen Wirtschaftswachstum von nur noch 1,5 Prozent.
- Für Deutschland hat die Bundesregierung ihre Prognose zuletzt auf 1,0 Prozent gesenkt.

Die Abkühlung geht vor allem auf die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten zurück.

Eine davon ist der Brexit

Dieser Brexit ist noch immer nicht geklärt. Die Situation ist nach wie vor verfahren.

In der kommenden Woche will Premierministerin Theresa May das britische Unterhaus ein drittes Mal über das Austrittsabkommen mit der EU abstimmen lassen. Danach befasst sich der Europäische Rat mit der Verschiebung des Austrittstermins.

Die EU und Großbritannien müssen jetzt schnellstmöglich Lösungen finden, die unseren Unternehmen Planungs- und Rechtssicherheit geben.

Am Ende muss ein umfassendes Handels-, Investitions- und Partnerschaftsabkommen mit möglichst wenig Handelshemmnissen stehen.

Dieses Abkommen muss auch die Koordinierung europäischer Sozialversicherungssysteme beinhalten. Entsendungen nach Großbritannien müssen unkompliziert bleiben!

Trotz des gegenwärtigen Chaos dürfen wir nicht vergessen:

- Großbritannien ist für den Freistaat das fünftwichtigste Exportland.
- Die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich summierten sich 2018 auf 12,8 Milliarden Euro.
- Das waren 6,7 Prozent der Gesamtexporte Bayerns.

Eine wichtige Rolle spielt der englische Markt insbesondere für

- die bayerischen Autohersteller. Hier gingen im letzten Jahr 14,2 Prozent aller Exporte nach UK.

- Die gesamte Automobil- und Zulieferindustrie exportierte 11,2 Prozent ihrer Gesamtausfuhren nach Großbritannien,
- in der bayerischen Bekleidungsindustrie waren es 12 Prozent.

Als Bayerische Wirtschaft hoffen wir nach wie vor auf eine unkomplizierte Brexit-Lösung.

Einen harten Brexit müssen wir unbedingt vermeiden! Er wäre die denkbar schlechteste Lösung – er ist aber nach wie vor möglich.

Unternehmen müssen sich daher auf das No-Deal-Szenario vorbereiten.

Aus diesem Grund haben wir als bayerische Arbeitgeberverbände eine Brexit-Telefon-Hotline eingerichtet, die seit Freitag in Betrieb ist.

Anrufer erhalten hier Antworten auf Fragen

- zum Stand des Brexit,

- zu Zollangelegenheiten,
- zum grenzüberschreitenden Personaleinsatz, also zum Entsenderecht und zum Aufenthaltsrecht,
- zum Arbeitnehmerdatenschutz und
- zum Handels- und Gesellschaftsrecht.

Auf europäischer Ebene stehen wir vor weiteren großen Weichenstellungen.

Wir müssen vor allem den Reformprozess der EU voranbringen. Dabei gilt es aber, Maß zu halten.

Europa muss stark aber schlank sein! Nur so erreichen wir Stabilität!

Als vbw sind wir der Ansicht, dass vor allem in der Handels-, Asyl-, Außen- und Sicherheitspolitik „mehr Europa“ nötig ist.

Dort aber, wo der Ruf nach mehr Europa

- auf mehr Staat,
- mehr Bürokratie und
- mehr Transfers

hinausläuft, werden wir Europa nicht stärker, sondern schwächer machen!

Die Sozialpolitik muss weiterhin Sache der Mitgliedstaaten sein.

Der geplante Ausbau der EU-Sozialpolitik verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Den Reformideen der aktuellen EU-Kommission, im EU-Rat Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik einzuführen, erteilen wir eine Absage.

Abzulehnen ist auch eine europäische Arbeitslosenversicherung.

In der Steuerpolitik ist es Aufgabe der EU, ihre Strategie konsequent auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten!

Vorhaben wie eine neue Digitalsteuer (*Digital Services Tax*) würden genau das Gegenteil bewirken und müssen endgültig aufgegeben werden.

Oberste Priorität muss es sein, den EU-Binnenmarkt zu stärken. Dazu muss Brüssel zuvorderst die Mehrwert- und Körperschaftsteuer harmonisieren.

Zudem müssen wir auch in der Steuerpolitik am Prinzip der Einstimmigkeit festhalten.

In der Klima- und Energiepolitik dürfen wir nicht überdrehen. Europa alleine kann das Klima nicht retten.

Aktuelles Beispiel sind die neuen Reduktionsziele für Pkw und Lkw: mit technischen Maßnahmen am Verbrennungsantrieb alleine wird das kaum zu schaffen sein.

Damit wirken die Vorgaben aber wie Quoten für Elektrofahrzeuge, für die wir heute allerdings weder Infrastruktur noch Nachfrage in ausreichendem Maße sehen.

Es nützt nichts, wenn wir unsere Performance zuhause ständig verbessern, andere Länder aber immer mehr Energie verbrauchen – und die weltweiten CO2-Emissionen weiter steigen.

Alleingänge führen nur dazu, dass die Produktion verlagert wird und in Ländern mit niedrigeren Anforderungen stattfindet.

So sind wir auch für andere Staaten kein Vorbild!

Eine europäische Klima- und Energiepolitik ist dann zu begrüßen, wenn sie

- realistische Ziele setzt, die den betroffenen Sektoren eine Transformation ermöglichen,

- technologieoffen und innovationsfreundlich ist
- und Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit im Blick behält.

Darauf muss die EU achten.

Neben der Europapolitik fordern uns international zwei weitere Entwicklungen besonders heraus:

- Das Verhältnis zu den USA
- und das Verhältnis zu China.

Ohne eine Verständigung mit den USA droht die Gefahr, in eine konjunkturelle Abwärtsspirale zu geraten.

Schon jetzt haben die Streitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und der EU Auswirkungen auf den Freistaat.

Die Exporte Bayerns in die USA gingen 2018 um ein Prozent zurück, die Importe aus den Vereinigten Staaten nach Bayern fielen sogar um 18 Prozent.

Was wir jetzt brauchen, ist ein europäisches Signal der Annäherung. Eine Eskalation wäre fatal.

Eine vbw Studie zeigt, was es bedeuten würde, wenn

- der Protektionismus stärker an Fahrt gewinnt,
- die USA dauerhaft an den bereits beschlossenen Strafzöllen festhält,
- zusätzlich Zölle auf Autos in Höhe von 25 Prozent erhebt
- und die betroffenen Länder mit Vergeltungszöllen reagieren.

Unsere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass diese Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft massiv schaden würde.

Das weltweite Bruttoinlandsprodukt

- läge im Jahr 2020 um 0,4 Prozent niedriger.
- Im Jahr 2025 fiele das Wachstum sogar um 0,6 Prozent niedriger aus.

In dem Szenario gibt es nur Verlierer: Kanada, die USA, aber auch Deutschland und Bayern.

Stark betroffen wäre die Industrie, insbesondere die Bereiche

- Fahrzeugbau,
- Metallerzeugung und -bearbeitung
- sowie die Hersteller von EDV-Geräten und die Elektronikindustrie.

Allein die US-Zölle auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile brächten gewaltige Belastungen für die deutsche und bayerische Wirtschaft mit sich.

Laut einer zweiten vbw Studie könnten die Kosten der exportierenden bayerischen Autoindustrie bei einem Zoll zwischen 15 und

25 Prozent bis zum Zehnfachen des bisherigen Niveaus ansteigen.

Zuletzt lag die Zollbelastung für bayerische Automobilexporte in die USA bei rund 146 Millionen Euro jährlich.

Wenn die Vereinigten Staaten mit ihrer Drohung ernst machen, könnten es bald 870 Millionen bis 1,45 Milliarden Euro sein!

Wir müssen deshalb klarmachen, dass die nationale Sicherheit der USA durch deutsche Fahrzeuge keineswegs bedroht ist.

Das Gegenteil ist der Fall.

Bayerische Unternehmen sorgen für fast 530.000 Jobs in den USA und stehen für 0,5 Prozent der gesamten US-amerikanischen Wertschöpfung.

Es ist jetzt dringend notwendig, dass alle Beteiligten an den Verhandlungstisch kommen,

um die bei unseren Unternehmen ausgelöste Unsicherheit zu beenden.

Dazu braucht die EU-Kommission schnellstmöglich ein Verhandlungsmandat.

Ziel muss das weltweite Absenken von Zöllen sein. Gerade in Zeiten mit handelspolitischen Konflikten müssen wir protektionistische Tendenzen überwinden.

Die zweite Herausforderung ist das Verhältnis zu China: Ohne eine dauerhafte Neudefinition der Beziehungen zu unserem zweitwichtigsten Exportmarkt gefährden wir unseren Wirtschaftsstandort.

Wir müssen die Investitionsfreiheit weiterhin gewährleisten und die Offenheit der Märkte bewahren.

Wir dürfen aber nicht naiv sein. Ausländische Investitionen aus Gründen der öffentlichen

Sicherheit und Ordnung zu überprüfen und gegebenenfalls zu beschränken ist legitim.

Zudem müssen wir für das Prinzip der Reziprozität eintreten. Das heißt: gleicher Marktzugang und gleiche Investitionsbedingungen für ausländische Partner im Sinne einer fairen und regelbasierten Welthandelsordnung.

Von dieser Wechselseitigkeit kann derzeit jedoch keine Rede sein. Das muss sich ändern!

Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat vor Kurzem seine Nationale Industriestrategie 2030 vorgestellt.

Das Papier von Minister Altmaier analysiert die Herausforderungen für den Industriestandort weitgehend korrekt.

So ist es zutreffend, dass

- Deutschland in vielen Zukunfts-
Technologien keine herausragende Rolle

mehr auf dem Weltmarkt spielt und wir den Anschluss zu verpassen drohen

- und dass die Ursache hierfür auch in den massiven Eingriffen ausländischer Staaten in diesen Technologiewettbewerb liegt.

Altmeiers Papier ist eine gute Diskussionsgrundlage, es enthält aber „Sprengkraft“, da es eine Neujustierung der Eingriffsmöglichkeiten des Staates ins Spiel bringt – etwa dann, wenn es aus nationalem Sicherheitsinteresse nötig ist oder Vorgänge von größerer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind.

Wir als Wirtschaftsverbände halten seit jeder die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hoch: Wir brauchen wettbewerbsfähige Standortbedingungen. Aber direkte staatliche Eingriffe müssen die Ausnahme bleiben.

Auf Bundesebene geht es darum, dass wir unsere Zukunft nicht verspielen.

Die GroKo muss endlich wieder eine sinnvolle Wirtschaftspolitik machen!

In unserem internationalen Standort-Ranking liegen Bayern und Deutschland derzeit noch auf Rang vier und fünf. Das sind Spitzenplatzierungen! Unser Vorsprung schmilzt jedoch. Unser entscheidendes Standortproblem sind die Kosten.

Besonders kritisch bewerten wir hier etwa die Energiepolitik der Großen Koalition.

Die Energiewende läuft alles andere als zufriedenstellend. Vor allem die Entwicklung des Strompreises ist problematisch, das EEG muss dringend reformiert werden.

Aber auch die Versorgungssicherheit ist nicht langfristig gewährleistet.

Unser Energiewende-Monitoring, das wir jedes Jahr vorlegen, zeigt:

- Der Handlungsbedarf ist riesig!

– Doch es passiert fast nichts.

Zwar wurde Mitte Dezember das Energiesammelgesetz verabschiedet – viel später als geplant. Es bringt zwar ein paar Verbesserungen wie die Entlastung hocheffizienter neuerer KWK-Anlagen. Doch es gibt keine grundlegende Änderung an der verfehlten Architektur des EEG.

Ausgerechnet in einer Zeit, in der Deutschland mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu kämpfen hat, kommen jetzt noch die Vorschläge der „Kohlekommission“ zum vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung hinzu.

Es ist aus unserer Sicht falsch, den Ausstieg aus der Kohle zeitlich so nah an den Ausstieg aus der Kernenergie zu koppeln.

Fest steht: Bevor die GroKo den Kohleausstieg beschließt, muss sie ganz klar festlegen, wie sie negativen Effekte auf Versorgungssicherheit und Preise ausschließen will.

Auch auf bayerischer Ebene brauchen wir ein realistisches energiepolitisches Gesamtkonzept. Nach dem Abschalten der letzten bayerischen Kernkraftwerke Ende 2022 müssen wir in Bayern eine breite Versorgungslücke schließen.

Die bayerische Staatsregierung muss alles daransetzen, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten.

Zudem dürfen unsere Unternehmen wegen der hohen Kosten nicht an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen!

Um Unternehmen und Bürgern jederzeit eine ausreichende Strommenge zu vernünftigen Preisen garantieren zu können, brauchen wir einen Mix!

Die großen Übertragungsleitungen aus dem Norden werden nicht vor 2025 fertig. Die Lücke bei der gesicherten Leistung, die Kernenergie- und Kohleausstieg reißen, müssen wir auch vorher schon schließen.

Dazu müssen wir

- zusätzliche Potenziale erneuerbarer Energien erschließen, zum Beispiel im Bereich der Wasserkraft,
- Speichertechnologien voranbringen,
- die Digitalisierung nutzen und das Stromnetz ausbauen.
- Auch moderne Gaskraftwerke leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit, weil sie kurzfristig und bedarfsgerecht eingesetzt werden können.

Jetzt muss es darum gehen, diese zusätzlichen Potenziale herauszuarbeiten und zügig zu nutzen.

Damit können wir die Zeit bis zur Fertigstellung der großen Übertragungsleitungen aus dem Norden überbrücken.

Parallel müssen wir alles daransetzen, um die beiden Übertragungsnetzprojekte SuedLink und SuedOstLink schnell fertigzustellen!

Jede Verzögerung kostet den Stromverbraucher über das Netzengpassmanagement viel Geld und erhöht die Gefahr, dass Deutschland in zwei Strompreiszonen geteilt wird – mit gravierenden Kostenfolgen für Bayern.

Ein weiteres Beispiel für die Fehlentwicklungen auf Bundesebene ist die Sozial- und Arbeitspolitik, auf die die GroKo ihren Schwerpunkt gesetzt hat.

Die Maßnahmen der Bundesregierung sind hier vor allem teuer und restriktiv!

Die Bundesregierung treibt die Sozialausgaben trotz absehbarer finanzieller Probleme nach oben, zum Beispiel mit

- dem Rentenpaket,
- der Grundrente,

- dem Pflegepersonalstärkungsgesetz,
- der Erhöhung der Pflegebeitragssätze
- oder dem GKV-Terminservice- und Versorgungsgesetz.
- Durch die Anhebung des Arbeitgeberbeitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung wurden die Unternehmen zusätzlich belastet.

Gleichzeitig beschneidet die Bundesregierung die Flexibilität beim Arbeitseinsatz und erhöht die bürokratischen Belastungen, etwa durch

- die Brückenteilzeit sowie
- die geplante Beschränkung der sachgrundlosen Befristung.

Auch die Pläne für ein generelles Recht auf Homeoffice gehen an den Flexibilitäts-Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei.

Es muss der unternehmerischen
Entscheidungsfreiheit überlassen bleiben, wo
der Arbeitseinsatz der Mitarbeiter erfolgt.

Das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel, den
Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung
unter 40 Prozent zu halten, ist nicht zu
erreichen.

Schon jetzt steht fest, dass durch die im
Rentenpaket vorgesehenen
Leistungsausweitungen die 40-Prozent-Marke
im Laufe der nächsten Jahre gerissen wird.

Wenn man sieht, welche weiteren Pläne die SPD
mit ihren Sozialstaatsreformen in Zukunft
verfolgt – Stichwort Rückabwicklung Hartz-IV –
dann stimmt uns das nicht optimistisch.

Auch in der Steuerpolitik sind die Fortschritte
klein. Bürger und Unternehmen brauchen
endlich Entlastungen.

Die Bürger werden über die kalte Progression seit vielen Jahren schleichend immer stärker zur Kasse gebeten.

Die Unternehmen sehen sich zunehmend im Nachteil gegenüber Ländern wie USA, Großbritannien und Frankreich, die ihre Unternehmen steuerlich entlasten. Die letzte große Unternehmenssteuerreform liegt mehr als zehn Jahre zurück.

Doch es tut sich nahezu nichts.

In der Steuerpolitik fehlen unter anderem

- der Grundkonsens zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages,
- eine stärkere Eindämmung der kalten Progression,
- eine Begrenzung der Unternehmenssteuern auf 25 Prozent sowie

- ein passender gesetzlicher Rahmen für die Verschonung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer.

Gleichzeitig ist aus unserer Sicht nicht einzusehen, warum sich der Finanzminister so schwer tut mit einer aufkommensneutralen und unbürokratischen Reform der Grundsteuer. Das Flächenmodell liegt hier auf der Hand!

Immerhin liegt jetzt der Entwurf für eine steuerliche Forschungsförderung auf dem Tisch.

Ein weiterer wichtiger Punkt: In Deutschland muss sich der Umgang mit der Automobilindustrie ändern.

Unsere Leitbranche befindet sich derzeit in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Zentrale Herausforderungen sind

- die Digitalisierung, also das automatisierte und autonome Fahren,

- die technologische Entwicklung bei den Antriebssystemen.
- und die Veränderungen bei Angebot und Nachfrage, etwa Carsharing.

Anstatt der Branche in diesen Zeiten den Rücken zu stärken, führen wir in Deutschland eine Debatte um Fahrverbote.

Im Freistaat steht die Automobilindustrie für 30 Prozent der industriellen Wertschöpfung.

Im Strukturwandel der Automobilindustrie haben bayerische Hersteller und Zulieferer insgesamt eine gute Ausgangsposition.

Die Politik muss sie jetzt dabei unterstützen, diesen Vorteil zu nutzen. Dazu dient das „Zukunftsforum Automobil“ der Bayerischen Staatsregierung. Es soll den Automobilpakt Bayern, den wir im Sommer geschlossen haben, jetzt mit Leben füllen und konkrete Projekte definieren.

Wir sind als vbm in allen Arbeitsgruppen vertreten und koordinieren die Beteiligung der zahlreichen bayerischen Zulieferer. Vor der Sommerpause sollen Ergebnisse vorliegen.

Darüber hinaus müssen wir die Herausforderung der Digitalisierung annehmen.

Der technische Fortschritt ist für unseren Standort der zentrale Wachstumstreiber.

Bei einer sinkenden Erwerbersonenzahl und einem bereits sehr hohen Kapitalstock kann Wachstum nur über Produktivitätsfortschritte und Innovationen erzielt werden!

Eine Schlüsselrolle nimmt die Digitalisierung ein.

- Sie macht Produktions- und Organisationsprozesse effizienter und flexibler.
- Sie erschließt neue Wertschöpfungspotenziale, etwa über eine

- stärkere Interaktion der Unternehmen mit ihren Kunden oder neue Technologien.
- Und sie lässt neue Geschäftsmodelle wie Online-Plattformen entstehen.

Unsere Studie von 2017 „*Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung*“ hat gezeigt: schon im Jahr 2016 lag die digitale Wertschöpfung in Deutschland schon bei rund 332 Milliarden Euro. Sie zeigt auch: stärker digitalisierte Unternehmen sind erfolgreicher, sie haben ein höheres Umsatzwachstum und einen stärkeren Mitarbeiterzuwachs.

Deshalb sind wir als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft der Ansicht: Wir müssen die digitale Transformation konsequent umsetzen!

Nur so erzielen wir dauerhaft das Wachstum, das wir brauchen, um Beschäftigung und Wohlstand zu sichern.

Das gilt einerseits für die Wirtschaft. Jedes Unternehmen muss seine eigene Digitalisierungsstrategie finden.

Das gilt aber auch für die Politik. Sie muss für zeitgemäße Rahmenbedingungen sorgen und insbesondere

- die Infrastruktur,
- die Bildung
- und den Rechtsrahmen optimieren.

Unser Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft hat in seinen Handlungsempfehlungen bereits wichtige Impulse gegeben, die auch von der Politik übernommen wurden.

Auch die Fachkräftesicherung bleibt eine der zentralen Zukunftsherausforderungen.

Unsere aktuelle Studie „Arbeitslandschaft 2025“ zeigt, dass sich die Fachkräftelücke in Deutschland weiter verbeitern wird. 2025

werden dem deutschen Arbeitsmarkt rund 2,9 Millionen Arbeitskräfte fehlen.

Bayern muss im Jahr 2025 eine Lücke von 350.000 Fachkräften schultern.

Die vbw begegnet dem Fachkräftemangel bereits seit vielen Jahren mit einem umfassenden Maßnahmenbündel.

Ein Bestandteil ist die Initiative *Fachkräftesicherung+*, die wir im Oktober letzten Jahres gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung ins Leben gerufen haben.

Unser gemeinsames Ziel ist es, bis zum Jahr 2023 etwa 250.000 zusätzliche Fachkräfte für die bayerische Wirtschaft zu gewinnen.

Ein besonderer Fokus liegt darauf, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von

- Langzeitarbeitslosen,
- Frauen,
- Älteren,

- Jugendlichen
- und Schwerbehinderten auszubauen.

Kernstück unserer Initiative ist die neue „Taskforce Fachkräftesicherung“, die aus einer Serviceeinheit von zehn Ansprechpartnern besteht.

Durch die Taskforce erhalten Unternehmen gezielte Unterstützung, ihren Fachkräftebedarf zu decken.

Der Beratungsbedarf ist hoch: Obwohl die Taskforce erst seit wenigen Wochen im Einsatz ist, hatte sie bereits mit über 100 Unternehmen Kontakt.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen: die Perspektiven der Bayerischen Wirtschaft hängen davon ab, wie wir die großen Herausforderungen auf internationaler und nationaler Ebene lösen.

Wir befinden uns dabei in einem insgesamt unsicheren Umfeld.

Dennoch können wir am Standort Bayern optimistisch in die Zukunft blicken. Wir haben gute Chancen, dass der Freistaat auch in Zukunft stark und erfolgreich ist.

Vielen Dank!